

Der Mythos vom Rechtsruck

THOMASFERGUSON/JOELROGERS

Die treuherzige Rede vom bösen und vom "anderen" Amerika trübt den Blick für die USA wie sie wirklich ist. In dieser Lage können Daten aus Meinungsumfragen, so wenig sie im Einzelfall aussagen, Aufklärung bringen. Der folgende Text ist eine knappe Zusammenfassung einer Studie, die in "The Atlantic" vom Mai 1986 erschienen ist. Ferguson und Rogers weisen der Demokratischen Partei nach, daß sie ihre besten Traditionen und Wahlchancen vergibt, wenn sie den Rechtsruck im politischen System der USA mitvollzieht, wie es z.B. Mondale während des Wahlkampfes 1984 tat. Diese auf US-Leser zugeschnittene Zielrichtung des Artikels ist in der Zusammenfassung nur angedeutet.

Betrachtet man die Gesetzgebung und das Verhalten der Exekutive in jüngster Zeit, kann schwerlich ein Zweifel bestehen, daß die offizielle amerikanische Politik tatsächlich einen Rechtsruck vollzogen hat. Die Reaganregierung hat schärfer als ihre demokratischen und republikanischen Vorgängerregierungen mit den siebziger Jahren mit vielen politischen Prinzipien des *new deal* gebrochen, zu denen sich demokratische (und sogar republikanische) Präsidenten von 1930 bis 1960 bekannten. Die Steuergesetzgebung der Reaganregierung ist extrem regressiv, und sie hat Sozialleistungen gekürzt und will sie noch weiter kürzen. Sie hat zahlreiche Arbeits- und Verbraucherschutzprogramme durchlöchert und ist von dem Standpunkt abgerückt, die Bundesregierung müsse dazu beitragen, daß der Minderheitenschutz bestehen bleibt. Stärker als alle Regierungen seit 1930 ist sie von der Tradition des *new deal* vom multilateralen Internationalismus und Freihandel abgerückt. Schließlich hat sie die größte militärische Aufrüstung zu Friedenszeiten vorangetrieben, die es in der Geschichte der USA gab.

Mit all dem läutet die Reaganregierung das Ende der Ära des *new deal* ein, die von den Demokraten begonnen wurde. Mit dem Ende dieser Ära geraten auch die Demokraten ins Hintertreffen.

Gibt es aber einen stabilen, auf Information begründeten Konsens der Mehrheit der Öffentlichkeit, daß eine rechte oder Mitte-Rechts-Politik zu wünschen sei? Wir glauben dies nicht. Es gibt wenig direkte Beweise dafür, daß die Massenstimmung sich gegen die innenpolitischen Programme des *new deal* gewendet hat, und dasselbe gilt für die Militär- und Außenpolitik. Viele Meinungsumfragen zeigen, daß **die Grundstruktur der öffentlichen Meinung der USA in den letzten Jahren relativ stabil geblieben** ist. Von den Meinungsänderungen zu bestimmten Punkten richten sich die meisten *gegen* die offizielle Politik. Und trotz erheblicher Wahlsiege der Republikaner 1980 und 1984 erbringt das Wahlverhalten der letzten Zeit wenig Beweise für eine Umschichtung der Wählerschaft.

Die öffentliche Meinung der USA wurde lange Zeit als ideologisch konservativ und zugleich programmatisch liberal beschrieben. Die Amerikaner mögen keine starke Regierung und sprechen sich abstrakt für die Mythen und Symbole des Wettbewerbskapitalismus aus. Geht es aber um einzelne Regierungsprogramme oder um das Verhalten von Firmen, so befür-

worten sie Regierungsausgaben auf einer Reihe innenpolitischer Gebiete und sind sehr mißtrauisch gegenüber den großen Unternehmen. Die Amerikaner sind ebenfalls stark antikommunistisch, aber sie sind der Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele müde und wollen mit der UdSSR in Frieden leben. Innerhalb dieser Struktur ging der Trend in der öffentlichen Meinung seit mindestens einer Generation in Richtung auf größeren Liberalismus.*

Auch gesellschaftspolitisch gibt es keinen Beweis für einen Rechtsruck. Religion, Feminismus, bürgerliche Freiheiten, Abtreibung und die Beziehung zwischen den Rassen und diejenigen Gebiete, in denen der Liberalismus seit dem zweiten Weltkrieg am schärfsten angestiegen ist. Nach 1973 hat die Zuwachsrate abgenommen, aber zu keiner Zeit wurde die Öffentlichkeit in diesen Punkten konservativer.**

Man sollte meinen, daß es wenigstens auf dem Gebiet der Außenpolitik eine konservative Wendung gegeben hat, vor allem in den späten siebziger und den frühen achtziger Jahren. Eine Gallupumfrage ergab, daß zwischen 1976 und 1981 der Prozentsatz der Amerikaner, der glaubt, daß die USA zu viel für die Verteidigung ausgeben, von 36% auf 15% sank, während umgekehrt der Anteil derer, die meinten, daß es "zu wenig" sei, von 22% auf 51% anstieg. Dieser Umschwung ist das bei weitem stärkste Beweisstück für die Behauptung, daß die amerikanische öffentliche Meinung nach rechts gewandert sei, und wird sowohl von der Carterregierung als auch der Reaganregierung als Mandat zitiert, die Militärausgaben scharf zu erhöhen. Allerdings liegt der größte Teil dieses Umschwungs in einem kurzen Zeitraum (1979 und 1980), als die Militärausgaben bereits dramatisch angewachsen waren. Zudem entsteht die öffentliche Meinung nicht in einem Vakuum. Seit den späten siebziger Jahren machten interessierte Eliten eine Großkampagne für vermehrte Militärausgaben. Das militärische "Mandat" war zerbrechlich und kurzlebig. Nach einem Höhepunkt 1980/81 sank die Zustimmung für militärische Mehrausgaben scharf.***

Wie steht es nun mit der Unterstützung von Gewaltanwendung im Ausland? Auch hier fallen ideologische Bekenntnisse und die Bereitschaft, bestimmte, vor allem kostspielige Interventionen zu unterstützen, auseinander. 1982-84 waren 65% der Befragten nicht mit der Politik Reagans zu El Salvador einverstanden. Zwei

Drittel aller Amerikaner glauben, daß die USA die UdSSR ihr System behalten lassen sollten, da "in der Welt genug Platz für zwei ist". Höher noch sind die Zahlen, die sich auf die Ablehnung des Einsatzes von Atomwaffen beziehen. Warum aber war dann Reagan während seiner ersten Amtszeit so populär? Die Antwort ist: er war es nicht. Die Durchschnittspopularität lag mit 50% unter der der meisten anderen Präsidenten nach dem zweiten Weltkrieg. Als 1981/82 Reagans Zustimmungsrate fiel, begann die Presse, seine enorme *persönliche* Popularität hervorzuheben. Die Punkte, die Reagan für seine Persönlichkeit sammelte, lagen immer über denen seiner Amtsführung. Viele der Befragten stimmten mit Reagan in einer Reihe von Punkten nicht überein, wollten ihn aber dennoch wählen. In so gut wie allen Punkten, die mit der "Reagan-Revolution" identifiziert werden, ist die öffentliche Meinung gegen Reagan. Nur 6% der Reaganwähler benennen seinen Konservatismus als Punkt von Bedeutung für ihre Wahl.

1984 errang Reagan einen spektakulären persönlichen Sieg. Er erhielt 59,2% der Stimmen, die auf beide Parteien entfielen (allerdings nur 32,3% der Stimmen aller Wahlberechtigten). Aber unterhalb der Ebene der Präsidentschaftswahlen waren die Zuwächse weniger eindrucksvoll. Dennoch bedürfen Reagans Wahlsiege einer Erklärung. Es gibt eine solche Erklärung: **die Wirtschaft. Reagans Stimmanteil 1980 und 1984 kann aus einem einfachen Modell abgeleitet werden, das aus dem tatsächlich verfügbaren pro-Kopf-Einkommen kurz vor der Wahl und dem Maß an Popularität des Präsidenten (das wiederum eng an die wirtschaftliche Situation gebunden ist) besteht.** Carter brachte die Wirtschaft 1977/78 hoch und führte sie prompt für die Wahlen 1980 in die Rezession. Reagan machte diesen Fehler nicht. Seine Regierung beschloß, eine lange und außergewöhnlich tiefe Rezession zu Beginn der Amtszeit zu haben und brachte 1984 einen Zuwachs des tatsächlich verfügbaren pro-Kopf-Einkommens von 5,8% hervor.

* Zwischen 1969 und 1979 stieg der Anteil derer, die meinten, daß "für das Wohl der Nation zu viel Macht in der Hand einiger weniger großer Unternehmen konzentriert sei", von 61% auf 79%, daß die "Unternehmen zu viel Gewinn machen" von 38% auf 51% und daß "die Regierung die Unternehmensgewinne begrenzen soll" von 33% auf 60%. 1980 waren nur 21% der Amerikaner der Meinung, daß "zu viel" für Umweltschutz ausgegeben werde. 1983 fanden nur 5% die Arbeits- und Verbraucherschutzvorschriften "zu streng", während 42% fanden, sie seien "nicht streng genug". 1983 sprachen sich 74% für ein staatliches Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen aus.

** 1984 sprachen sich zwei Drittel der Wahlberechtigten für die Legalisierung der Abtreibung aus. Jarry Falwell, Prediger und Führerfigur der "moralischen Mehrheit", brachte es 1984 auf eine Zustimmungsrate von nur 16%. Ein Gegenbeispiel ist die Zustimmung für stärkere Bestrafung von Straftaten, die in den letzten zwei Jahrzehnten stark gestiegen ist. Dies läßt sich aber durch eine Zunahme dieser Straftaten selbst erklären.

*** Bis Anfang 1983 fiel der Anteil derer, die einer "Zunahme ... des gegenwärtigen Verteidigungshaushaltes" zustimmten, von 71% (1980) auf 14%. 1983 ähnelte die Haltung zu Militärausgaben der der frühen siebziger Jahre, kurz nach dem Höhepunkt der Vietnamopposition.

Übersetzung: Dieter Maier